

Dezember 2020

Verbandsnachrichten

Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest, geruhsame Feiertage sowie einen guten Start in ein gesundes und glückliches neues Jahr.

Bleiben sie gesund!

Das Jahr war ein Besonderes!

Veranstaltungen zu organisieren war und ist fast nicht möglich. Die Verbandsarbeit war stark beeinträchtigt. Die Interessen zu erfassen war schwieriger als in der bisherigen Praxis und die Vertretung derselben genauso. Alle mussten lernen, wie das mit Telefon- beziehungsweise Videokonferenzen - technisch und organisatorisch funktioniert – auch weil es dafür verschiedene technische Lösungen gibt.

Auch die „Sitzungen“ des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW) und unseres Bundesverbandes fielen aus oder wurden virtuell durchgeführt – Ausnahme war eine BBW-Landesvorstandssitzung, die in einer Stadthalle mit einem Hygienekonzept und viel Platz für die 20 Anwesenden durchgeführt wurde. Daher bitten wir um Verständnis, dass wir entschieden haben, auch unsere Mitgliederversammlung 2020 nicht wie üblich im November stattfinden zu lassen. Wir werden sie nachholen, sobald es die Lage erlaubt. Auch die Arbeitstagung sowie die jährliche Exkursion werden wir selbstverständlich wieder aufleben lassen.

Und trotzdem haben wir Beamteninteressen und im März ist Landtagswahl. Der Beamtenbund Baden-Württemberg hat Wahlprüfsteine ausgearbeitet und an die relevanten Parteien verschickt. In der Februar-Ausgabe des BBW-Magazins sollen die Antworten veröffentlicht werden. Wir hoffen das hilft Ihnen allen, bei der Wahlentscheidung im März 2021 das Kreuz „richtig“ zu setzen.

An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass im Landesbesoldungsgesetz für den 1. Januar 2021 geregelt ist, dass wir Beamte im Lande 1,4 % Besoldungserhöhung bekommen. Das ist noch Ausfluss und Abschluss der Entscheidungen aus der letzten Erhöhungsrunde. Nun wurde für die Bundesbeamten geregelt, dass sie im April 2021 auch 1,4 % mehr bekom-

men. Das sehe ich als ersten Hinweis in Richtung dessen, was wir 2022 und 2023 erwarten dürfen. Ich hoffe, dass die Inflationsrate auf der Ausgabenseite die Einnahmeseite der Beamten in dieser Zeitspanne nicht übersteigen wird.

Darüber hinaus ist auch erfreulich, dass die Justiz in zunehmendem Ausmaß Entscheidungen zur Alimentation von Beamten, Richtern und Soldaten trifft, die die Willkür der Politiker des Dienstherrn einbremst. Zuletzt wurde vom Bundesverfassungsgericht die Reduktion der Einkommensgrenze der Ehepartner für den Eintritt in das Beihilfesystem von 18.000 auf 10.000 € für rechtswidrig erklärt. Im Januar 2021 wird der Betrag sogar wie in Bayern auf 20.000 € erhöht. Jedoch beabsichtigt das Finanzministerium die Berechnungsgrundlage zu Lasten der Beamten zu verändern. Dagegen wehren wir uns mit Hilfe des Beamtenbundes.

Wesentliche uns negativ betreffende Entscheidungen der grün-roten Regierungszeit im Lande, wie zum Beispiel die abgesenkte Eingangsbesoldung, wurden inzwischen korrigiert und den betroffenen jungen Beamten wurde die vorenthaltene Alimentation nachbezahlt. Der wichtige Punkt der lebenslänglichen 50 %-igen Beihilfe im Krankheitsfall – unabhängig von der Familiensituation beziehungsweise der Pensionierung – ist jedoch noch offen. Diese Korrektur muss noch erfolgen! Kein anderes Bundesland ist dem gefolgt und die Versicherungswirtschaft hat dem Beamtenbund erklärt, dass die inzwischen abgeschlossenen Verträge angepasst werden können, so dass sie für die Betroffenen günstiger werden würden.

Weiterhin ist zu konstatieren, dass der Rechtschutz über den Beamtenbund immer wieder für einzelne Mitglieder von größter Bedeutung ist und von diesen als hilfreich empfunden wird. Ich kann dazu aus meiner dienstlichen Kenntnis aus der größten Personalverwaltung im Land nur hinzufügen, dass der Beamtenbund auch an der Stelle einen qualitativ guten Job macht.

Als immer drängendere Problematik erscheint mir die Dienstpostenbewertung der juristischen Posten in den Landratsämtern. Diese scheint sich gegenüber den Bewertungen der anderen staatlichen sowie der kommunalen Dienstposten zunehmend auseinander zu entwickeln. Das werden wir überprüfen und wenn es aus unserer Sicht so ist, zu einem unserer zukünftigen Themen machen.

Ferner bin ich der Meinung, dass wir daran erinnern sollten, dass früher bei der Polizei mehr Juristen in Führungsfunktionen beschäftigt wurden. Die Meldungen zu verfassungsdubiosen rechtslastigen Zirkeln beziehungsweise Aktivitäten von Polizisten lassen aufhorchen. Juristen, die hinsichtlich unserer verfassungsmäßigen Ordnung bestens ausgebildet sind, könnten zur besseren Bewältigung der Problematik beitragen. Deshalb sollten in jeder der 15 Polizeidirektionen Juristen standardmäßig in der Leitungsebene, zum Beispiel als Referatsleiter Personal, implantiert werden.

Abschließend regen wir an, nach der Landtagswahl ein Ausschuss für den öffentlichen Dienst zu installieren. Wir versprechen uns davon, dass nicht ständig nur über neue Aufgaben und Geld debattiert und entschieden wird ohne über die Beschäftigten zu reden. Damit hätten wir ein Gremium des Dienstherrn, das aus Mitgliedern aller Landtagsfraktionen – also den Volksvertretern – bestünde, das sich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschäftigt, die die Aufgaben erfüllen sollen. Jeder Konzern, der so viele Beschäftigte hat wie das Land, hätte eine Organisationseinheit auf der obersten Ebene, die sich mit dem Personal beschäftigt - neben einer für die Finanzen. Bayern hat das mit erfreulichem Ergebnis bereits vorgemacht. Für die Zukunft unseres Landes wäre das eine strukturell bedeutende positive Entwicklung.

Also sehen Sie, wir brauchen auch in Zukunft eine organisierte Interessenvertretung für unser Arbeits- und Einsatzfeld! Machen Sie mit!

AUFRUF!

Werte Mitglieder,

unsere berufspolitischen Belange zu vertreten führt uns zusammen. Eine Organisation wie unsere braucht dazu eine Führung. Nachdem hinsichtlich unseres Vorstands nach vielen Jahren der personellen Stabilität nun altershalber Veränderungen anstehen, fordern wir gerne Kolleginnen und Kollegen dazu auf, in Zukunft an der Führung mitzuwirken und sich bei unserem Landesvorsitzenden Bernhard Freisler, Telefon dienstlich 0711/904-17100 sowie per E-Mail: Bernhard.Freisler@rps.bwl.de - oder bei einem der anderen Vorstandsmitglieder zu melden und sich zu informieren. Wir wollen uns gerne in dieser neuen digitalen Welt, sowohl organisatorisch, als auch personell, neu aufstellen.

Sie haben folgende Chancen:

- Im Rahmen des Beamtenbundes an der Gestaltung der Politik für Beamte im Land mitzuwirken
- Kontakt zu den Fraktionen des Landtags zu pflegen
- Mit anderen Verbänden im Beamtenbund zu kooperieren
- Bei Personalratswahlen zu allen Ebenen der Verwaltung die Listen mit Kandidatinnen und Kandidaten zu füllen
- Zu aktuellen Themen vertiefte Diskussionen mit kompetenten Referenten zu organisieren
- Den Ausbau der neuen elektronischen Medien für die Verbandsarbeit zu forcieren
- Einen bundesweiten berufspolitischen Erfahrungsaustausch zu genießen
- Mitglied im Landesvorstand des Beamtenbundes Baden-Württemberg zu werden.

Das Ganze geschieht in einem motivierten Team von Vorstandmitgliedern und einem Netzwerk aus Ehemaligen, sowie den im aktiven Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen. Die Aufgaben können aufgeteilt werden. Darum ist das ehrenamtliche Engagement leistbar. Für manchen Termin kann auch Sonderurlaub beantragt werden.

Aus Erfahrung können wir noch anfügen, dass dieses Engagement den gegenwärtigen Mitgliedern des Vorstands hinsichtlich ihrer Karriere nicht geschadet hat. Wir wurden im Laufe der Jahre von A 13 unterschiedlich weit aber bis zu B 6 befördert.

Also:

Egal wie jung sie sind - Lassen sie sich nicht aufhalten!

Greifen sie zu - Sie werden es nicht bereuen!

MELDEN SIE SICH!

EINLADUNG für Donnerstag, den 28.1.2021 von 18 bis 19 Uhr

Virtuelle Berufspolitische Gesprächsrunde mit dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, **Herrn Andreas Schwarz MdL.**

Wer daran teilnehmen möchte, möge sich bitte bei Frau Elwenholl, Tel: 0711/123-2210, E-Mail: Simone.Elwenholl@wm.bwl.de bis Montag, 25.01.2021, anmelden, damit wir Ihnen die Einwahldaten zukommen lassen können.

Themen könnten sein: Bürgerversicherung bzw. Wahlrecht zur gesetzlichen Krankenversicherung, Aufstieg erleichtern, Werbung für Staatsverwaltung mit besserer Nachwuchsrekrutierung und schnelleren Einstellungsprozessen, wozu noch Chancengleichheit für Frauen, wenn über die Hälfte der Eingestellten Frauen sind, was soll gegen das Image von "verstaubten Amtsstufen" unternommen werden, Fort- und Weiterbildung durch Führungsakademie und Speyer, was sollen wir als Fachleute für das Gemeinwohl von einem Austausch mit der Privatwirtschaft lernen, mehr Juristen in die Polizei, gerechte Besoldung der Staatsbeamten in den Landratsämtern, Ministerialzulage, Landtagsausschuss öffentlicher Dienst.

Als neue Mitglieder begrüßen wir:

Regierungsrat Christian Friemann, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Bürgermeister Martin Numberger, Stadt Geisingen

Oberregierungsrat David Wolf, DHBW Karlsruhe

Oberregierungsrätin Simone Herrmann, Kultusministerium

Erster Landesbeamter Christoph Keckeisen, Landratsamt Bodenseekreis

Technischer Rat Simon Berg, Landratsamt Rems-Murr-Kreis

Stadtoberverwaltungsrätin Jessica Deutsch, Stadt Bruchsal

Ministerialrat Ralf Hübner, Kultusministerium

Stadtoberverwaltungsrat Patrick Retzer, Große Kreisstadt Achern

Regierungsoberrat Colin Morgenthal, Universität Heidelberg

Wir betrauern den Tod unserer langjährigen und treuen Mitglieder:

Regierungsdirektor Hans Joachim Müller a. D., Steinheim

Stv. Leiterin Dr. Annemarie Röder a. D., Heilbronn

Ministerialrätin Helga Mittelsten Scheid a. D., Stuttgart

Ministerialdirigent Nikolaus Gaa a. D., Stuttgart

Ministerialrat Hans Dreher a. D., Stuttgart

Evangelischer Oberkirchenrat Erwin Hartmann a. D., Neubulach

Regierungspräsident Karl Miltner a. D., Dossenheim

Regierungsvizepräsident Dr. Johannes Scheurer a. D., Stuttgart

Stadtamtsrat Peter Jürgens a. D., Aalen

Ltd. Ministerialrat Dr. Winfried Escher a. D., Sindelfingen

Der Verband hat den Angehörigen schriftlich kondoliert.

**Verband
der höheren Verwaltungsbeamten
Baden-Württemberg e. V.**

Wer wir sind:

- Der Berufsverband des höheren Verwaltungsdienstes für Beamte und Angestellte
- mit ca. 500 Mitgliedern bis zur obersten Führungsebene von Land und Kommunen
- Fachorganisation des Beamtenbundes Baden-Württemberg (mit Vertretung im Vorstand)
- Mitglied im Bundesverband der höheren Verwaltungsbeamten (mit Vertretung im Vorstand)
- Kooperationspartner des Seniorenverbandes Öffentlicher Dienst

Was wir wollen:

- Die Interessen unserer Mitglieder im aktiven Dienst und im Ruhestand vertreten
- Die Belange des höheren Dienstes wahren durch Einflussnahme auf Gesetzgebung und Politik in beamtenrechtlichen Angelegenheiten
- Sonderopfer des höheren Dienstes verhindern

Was wir bieten:

- **Interessenvertretung** gegenüber Politik und Verwaltung
- **Informationen** über berufsspezifische Themen: unsere Mitglieder erhalten kostenlos
 - * unsere Verbandsnachrichten
 - * die Zeitschrift des Beamtenbundes Baden-Württemberg "BBW-Magazin"
 - * die Monatszeitschrift des Deutschen Beamtenbundes "DBB-Magazin"
- **Beratung** in beamtenrechtlichen Fragen
- **Fortbildung:** Exkursionen, Besichtigungen, Gespräche mit Entscheidungsträgern u. ä.
- **Meinungsbildung** zu berufsspezifischen Fragen auf verbandspolitischen Tagungen
- **Zusatzmitgliedschaft** für Versorgungsempfänger beim Seniorenverband Öffentlicher Dienst

Wo Sie sich informieren können:

Rufen Sie uns an:

- Bernhard Freisler (Verbandsvorsitzender) - Tel. 0711/904-17100
- Dr. Helmut Messer - Tel. 0711/279-3341 oder Frau Verena Güßregen –
- Tel. 0711/123-2414

Übrigens: Unser Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf 60,- €/Jahr (steuerlich absetzbar!)

Sprechen Sie mit uns - in Ihrem beruflichen Interesse!



Verband der höheren Verwaltungsbeamten Baden-Württemberg e.V.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE21ZZZ00000655408 - Mandatsreferenz _____
(wird vom VHV eingetragen)

An den
Verband der höheren Verwaltungsbeamten
Baden-Württemberg e. V.
Frau Simone Elwenholl
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
Theodor-Heuss-Str. 4
70174 Stuttgart

Beitritt / Änderungen

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband der höheren Verwaltungsbeamten e.V. (VHV) / Folgende Änderungen werden hiermit mitgeteilt.

.....
Name/Namensänderung

.....
Vorname

.....
Dienstbezeichnung

.....
Dienststelle

.....
Privatanschrift: Straße, Hausnummer

.....
Postleitzahl, Wohnort

.....
E-Mail

.....
Geburtsdatum (optional)

SEPA-Lastschriftmandat:

Ich ermächtige den VHV, die Zahlung des Jahresbeitrags von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VHV auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Kreditinstitut (Name und BIC):

.....
IBAN:

.....
Datum, Ort

.....
Unterschrift